

Wann bekommt Ernst Suter sein Geld zurück?

DÜRNTEN Nachdem die Dürntner die Schenkung an der Gemeindeversammlung beschlossen haben, stellen sich neue Fragen. Wann bekommt Ernst Suter das Geld tatsächlich, und wie viel davon muss er als Schenkungssteuer gleich wieder abgeben?

Viele der 387 Stimmberechtigten kamen am Donnerstagabend wohl nur wegen Ernst Suter an die Dürntner Gemeindeversammlung. Sein Fall war im Foyer der Mehrzweckhalle Blatt das Thema Nummer eins. Der Unmut der Bevölkerung war spürbar. Gemeindepräsident Hubert Rüegg (FDP) bat zu Beginn der Versammlung alle Anwesenden, die Stimmung nicht absichtlich aufzuheizen und keine persönlichen Angriffe vorzubringen. Zudem sei Applaus zu unterlassen, da dies die Meinungsbildung beeinflussen könne.

Obwohl Rüegg versuchte, nicht auf den Fall Suter einzugehen, kam dieser bereits beim ersten Traktandum, dem Voranschlag 2015, zur Sprache. Thomas Fiegl von der CVP Dürnten stellte gleich zu Beginn einen Änderungsantrag und forderte, einen Betrag von 250 000 Franken als Budgetposten einzutragen. Dieser sei als Rückzahlung für die zu viel gezahlten Steuern an Ernst Suter bestimmt. Ein anderer Antrag von Andreas Künzi forderte gar die Rückzahlung von 380 000 Franken. Zusammen mit den 120 000 Franken, die ihm der Kanton und die Gemeinde erlassen hätten, erhielt Suter damit die gesamten zu viel gezahlten Steuern zurück, sagte Künzi. «Ich möchte als Bürger nicht von dem Geld profitieren. Deshalb sollte der ganze Betrag zurückerstattet werden.» Sein Antrag ging der Mehrheit jedoch zu weit. Ebenfalls erfolglos war ein Antrag auf Rückweisung des Budgets.

Die Wogen gingen hoch

Ein Votant warnte vor den unklaren Auswirkungen einer Schenkung: «Ich habe Angst, dass sich die Gemeinde das Geld umgehend wieder zurückholt.» Hubert Rüegg bestätigte, dass bei Schenkungen eine «nicht unerhebliche» Steuer anfallt (Details siehe Box). Genauer konnte er jedoch nicht sagen. Dann wies er darauf



Solidarisches Dorf: Die meisten der knapp 400 Stimmberechtigten kamen wegen Ernst Suter an die Gemeindeversammlung.

Archivbild Markus Zürcher

hin, dass die genannten Summen bis zu drei Steuerprozente ausmachen würden, und fragte: «Sind wir ehrlichen Steuerzahler verantwortlich für diejenigen, die keine Steuererklärung ausfüllen?» Daraufhin gab es die ersten Zwischenrufe. «Verantwortlich sind Sie», schimpfte ein Votant. «Sie haben das Geld Ernst Suter böswillig weggenommen.» Ein anderer meinte erzürnt: «Uns mit Steuererhöhung zu drohen, ist unterste Schublade. So geht es nicht.» Als Rüegg erneut das Wort ergriff, unterbrach ihn ein Bürger rabiat. «Jetzt wird abgestimmt, da gibt es keine Wortmeldungen mehr – auch nicht vom Gemeindepräsidenten.» Am Ende stimmten die Dürntner dem Antrag von Thomas Fiegl deutlich zu. Somit wird die Schenkung von 250 000 Franken ins Budget aufgenommen.

Idee aus der Zeitung

Wie CVP-Präsident Romeo Marinoni sagt, stammt die Idee für den Änderungsantrag aus einem Artikel des ZO/AvU vom Donnerstag. Darin schildert Alexander Locher, juristischer Sekretär beim Gemeindeamt des Kantons

Zürich, die Möglichkeit einer Schenkung. «Darauf riefen wir ihn an und machten uns schlau», sagt Marinoni. Nun ist er besorgt, dass es lange dauern könnte, bis die 250 000 Franken tatsächlich gesprochen würden. «An der nächsten Versammlung müsste die Initiative genehmigt werden, erst an der übernächsten

SCHENKUNGSSTEUER

Gesetz ermöglicht Steuererlass in wirtschaftlichen Notlagen

Falls die Schenkung von 250 000 Franken an Ernst Suter zustande kommt, müsste der Kanton Zürich darauf die Erbschafts- und Schenkungssteuer erheben – theoretisch zumindest. Wie Roger Keller, Kommunikationsbeauftragter bei der Finanzdirektion des Kantons Zürich, erklärt, würde die Schenkungssteuer in Suters Fall rund 57 000 Franken betragen. Bezahlt werden müsste diese vom Beschenkten, also von Suter. Dieser könnte allerdings ein Gesuch stellen, um davon befreit zu werden. «Ein Gesuch für einen Steuererlass kann selbstverständlich

gestellt werden. Es wird aber erst zum Zeitpunkt der Gesuchstellung beurteilt», sagt Keller. Eine Aussage sei zum jetzigen Zeitpunkt darum nicht möglich.

Gemeinschreiberin Brigit Frick widerspricht. Sofern es sich nicht um eine allgemeine Anfrage, sondern um eine fertig ausfor-

Arm mit 250 000 Franken?

Klar ist hingegen, was das Steuergesetz festhält. Gemäss Paragraph 183 können Steuerpflichtigen Steuern – in diesem Fall die Schenkungssteuer – ganz oder teilweise erlassen werden, wenn deren Leistungsfähigkeit durch besondere Verhältnisse wie etwa andauernde Arbeitslosigkeit oder Krankheit,

gestellt werden. Es wird aber erst zum Zeitpunkt der Gesuchstellung beurteilt», sagt Keller. Eine Aussage sei zum jetzigen Zeitpunkt darum nicht möglich.

Unglücksfälle, Verarmung, Erwerbsunfähigkeit oder andere Umstände beeinträchtigt ist. Ob diese besonderen Verhältnisse aber auch dann gegeben wären, nachdem Suter von der Gemeinde mit 250 000 Franken beschenkt worden ist, ist eine andere Frage. Auch, ob Suter als Bezahler ausfallen könnte, zum Beispiel, wenn das Geld aus der Schenkung nicht mehr vorhanden ist, bleibt offen. Keller sagt dazu nur: «Das Gesetz legt fest, dass dann der Schenker, in diesem Fall also die Gemeinde, gegenüber dem Kanton für die Steuer solidarisch haftet.» ple

reiten. Dann könnten die Dürntner Stimmbürger die Viertelmillion bereits an der Gemeindeversammlung vom Juni 2015 sprechen. Ob der Gemeinderat das Geschäft nicht auch selbst auf die Traktandenliste setzen kann, muss Frick erst prüfen.

Auch abgesehen vom Fall Suter wurde das Budget ziemlich auseinandergerissen. Trix Uster, Mitglied der Betriebskommission des Altersheims, kritisierte, dass der Gemeinderat einen Gewinn von 138 000 Franken für das Altersheim veranschlagt habe und deswegen die Taxen erhöht werden müssten. «Einen Gewinn beim Altersheim zu veranschlagen, ist unmoralisch», sagte sie. Ihr Antrag, das Betriebsergebnis auf null zurückzusetzen, wurde grossmehrheitlich angenommen.

Anschliessend verlangte Erich Birrer, die vom Gemeinderat vorgesehene Kürzung der Jugendarbeit um 100 000 Franken nicht nur rückgängig zu machen, sondern die Ausgaben sogar von 190 000 auf 240 000 Franken zu erhöhen. «Sonst werden die Jugendlichen sich selbst überlassen», sagte Birrer. In einem alternativen Antrag forderte Roman Braun, den bisherigen Betrag beizubehalten. Dieser Antrag setzte sich am Ende durch und wurde grossmehrheitlich angenommen.

Gestaltungsplan zugestimmt

Ein weiterer Änderungsantrag forderte, dass der Budgetposten zur Planung von Tempo-30-Zonen rausgestrichen wird. Das Anliegen wurde mit 191 zu 105 Stimmen angenommen. Schliesslich berichtete Markus Bless, Präsident des Vereins Unternehmen Dürnten, dass man die Kosten für ein Kleinwasserkraftwerk selbst finanzieren könne und dass man den Beitrag der Gemeinde in Höhe von 150 000 Franken damit nicht mehr benötige. Bless beantragte, den Posten zu streichen und das Geld anders zu verteilen. Auch dafür gab es eine klare Mehrheit. Bei der Schlussabstimmung wurde dem Voranschlag inklusive Änderungen mit grossem Mehr zugestimmt. Gegen Ende der zweistündigen Versammlung wurde dem privaten Gestaltungsplan Schlössli ebenfalls mit grossem Mehr zugestimmt. Andreas Kurz

Kanton appellierte an Eigenverantwortung

FISCHENTHAL Um ihr Budget zu retten, kommt die Gemeinde Fischenthal um eine massive Steuererhöhung kaum herum. An einer Podiumsdiskussion sprachen die Kantonsvertreter, darunter Regierungsrat Martin Graf, Klartext: Die Gemeinde müsse die Probleme selber lösen.

Die finanzielle Misere ihrer Gemeinde beschäftigt die Fischenthaler. Gut 300 von ihnen nahmen am Dienstagabend an einer Informationsveranstaltung im «Blumen»-Saal teil. Unter der Leitung des Mönchaltorfers FDP-Gemeinderats Hans-Rudolf Galliker tauschten sich Gemeinde- und Kantonsvertreter über den Neuen Finanzausgleich und seine Auswirkungen auf das Gemeindebudget aus.

Finanzvorstand Herbert Müller beschönigte nichts: Das strukturelle Defizit habe sich katastrophal entwickelt. Die Gemeinde müsse einen weiteren Übergangsausgleich oder einen Individuellen Sonderlastenausgleich (Isola) beantragen. Weil an diese Unterstützungsmassnahme aber eine Eigenleistung geknüpft ist, rechnet Müller mit einer Steuerfusserhöhung

um 5 bis 10 Prozentpunkte für das Jahr 2016. Müllers Gefühlslage: «Ich bin desillusioniert.»

Keine Alternative

Eine Alternative zum Übergangsausgleich sieht er nicht. Würde das Volk den Voranschlag an der Gemeindeversammlung am 12. Dezember ablehnen, so nehme die Gemeinde einen Bilanzfehlertrag und eine zusätzliche Überschuldung in Kauf. Das Problem würde nur aufgeschoben: Man müsste ein weiteres Übergangsbudget beantragen, und wenn das Volk auch diesen Vorschlag ablehne, würde der Bezirksrat über das Gemeindebudget verfügen: «Damit stünden wir unter Vormundschaft.»

Die Sparübungen hätten praktisch keine Wirkung, betonte er. Selbst wenn man vom Schwimmbad bis zum Ortsmuseum alle

Einrichtungen schliesse, spare man höchstens 250 000 Franken ein. «Wir werden der Gemeinde nicht alles wegnehmen, nur damit der Kanton weniger zahlen muss.» Die im Vergleich zu früher zusätzlich anfallenden Kosten von 1,5 bis 2 Millionen könne man nicht beeinflussen und müssten vom Kanton übernommen werden. Denn Fischenthals Steuerkraft sei viel zu gering, um einen solchen Steuersprung verkraften zu können. «Der Isola behält uns in der Notaufnahme. Wir kommen noch nicht einmal ins Krankenbett.»

Zu teure Schule

Für Regierungsrat Martin Graf bezahlen die Fischenthaler vergleichsweise wenig Steuern. «Bei einem Bruttoeinkommen von 60 000 Franken bezahlt ein Ehepaar mit zwei Kindern rund 600 Franken Steuern im Jahr. In Bern wären es knapp 2000, in Lausanne gar 2770 Franken.» Mit dem Neuen Finanzausgleich sei Fischenthal deutlich besser gestellt worden. Die Steuerkraft

liege bei 4600 Franken pro Kopf, während sie in Illnau-Effretikon nur 3000 Franken betrage. Zudem leiste sich Fischenthal eine teure Schule. Man solle die Einheitsgemeinde als Chance sehen, das Schulkonzept zu überdenken.

Ziel des Neuen Finanzausgleichs sei Selbstverantwortung. Die Fischenthaler sollten ihre Hoffnung nicht auf eine Reform des Finanzausgleichs setzen, sondern auf ihre Eigenverantwortung. Schon die Verhandlungen für den jetzigen seien «ein Gezerre am Tischtuch» gewesen. Mit einer neuen Reform würde die Ausgangslage nicht unbedingt besser. «Die Fischenthaler sollten ihren Erfolg auf die eigenen Taten stützen und nicht auf die Politiker in Zürich.»

Die Fischenthaler müssten ihre Mentalität ändern, doppelte Gemeindeamtsleiter Arthur Helbling nach: «Entweder sie tragen selbst die Verantwortung über ihre Finanzen, oder sie leben mit einem Defizit.» Auch Graf blieb hart: Wollten die Fischenthaler einen erneuten

Polizei sucht Zeugen

WETZIKON Im Fall des am Donnerstag in Wetzikon mit seinem Rollbrett verunfallten Schülers sucht die Polizei Personen, die Angaben zum Ereignis machen können. Hinweise sind erbeten unter Telefon 044 938 3010. Der 13-Jährige war um 14.35 Uhr von der Neuhausstrasse in Richtung Schulhaus Walenbach gefahren, als ihm ein Velofahrer entgegenkam. Infolge einer «Berührung» stürzte der Junge und verletzte sich. Der Velofahrer setzte seine Fahrt fort, ohne sich um den Verletzten zu kümmern. zo

In Kürze

RÜTI Chlaus-Zmorge im Amthaus Rüti

Der Verkehrsverein Rüti-Tann organisiert heute von 8.30 bis 11.30 Uhr einen Chlaus-Zmorge im Saal des Amthauses Rüti. zo

Lukas Elser